

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittemann, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnummer 1111. — Für Inserate 1917, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspostamt Nr. 255 Berlin.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Postung 3 Mk., monatlich 1 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei Abbestellung durch den Postboten 2.70 Mk., monatlich 90 Pf. Bei den Postämtern vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.00 Mk. ohne Postgebühr. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die 1. Spalte 25 Pf., 2. Spalte 20 Pf., 3. Spalte 15 Pf., 4. Spalte 10 Pf., 5. Spalte 5 Pf. — Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postkontonummer: Nr. 255 Berlin.

Nr. 213.

Magdeburg, Mittwoch den 12. September 1917.

28. Jahrgang.

Erschütterungen.

Die innern Vorgänge im Land unserer westlichen und unfrer östlichen Gegner verdienen gleiche Aufmerksamkeit. Die Krise des Ministeriums Ribot wiegt schwerer als die sonstigen Kabinettswechsel, an denen die Geschichte Frankreichs überreich ist. Die häufigen Ministerstürze gehören sicher nicht zu den Vorzügen des französischen Systems. Dieses selbst aber hat seine Fähigkeiten gezeigt, indem es alle diese Regierungskrisen ruhig überwand. Sie waren weiter nicht viel anders als Krämpfe der Oberfläche. Die Republik selbst hat sich seit 1871 in 43 Friedensjahren erhalten und befestigt, und sie hat, falschen Propheten zum Trost, auch 3 Jahre des schwersten Krieges unerschüttert überstanden. Auch heute ist sie keineswegs in Frage gestellt; denn welche Veränderungen sich in Frankreich immer vollziehen mögen, die Monarchie steht außerhalb der Diskussion. Frankreich hat für alle Zeit aufgehört, ein monarchischer Staat zu sein.

Die innern Schwierigkeiten der Republik sind indes zweifellos sehr groß. Schon die Ministerpräsidentenschaft des greifen Herrn Ribot war ein Berlegenheitsprodukt, und der Versuch, das Kabinett unter der Führung Ribots abermals zu rekonstruieren, wäre nicht unternommen worden, wenn sich die Möglichkeit einer andern Lösung gezeigt hätte. Nun ist auch dieser Versuch mißlungen. Er ist mißlungen, weil heute in Frankreich eine

Regierung ohne Sozialisten unmöglich

ist, weil die Sozialisten für ihren Eintritt in das Ministerium Bedingungen stellten, die nicht erfüllt wurden und damit jede Möglichkeit einer Neuaufgabe des alten Ministeriums scheiterte. Mit großer Spannung muß man jetzt erwarten, ob eine Regierung ohne die Sozialisten gebildet werden wird oder ob ein neuer Kandidat der Ministerpräsidentenschaft — als solcher wird der Kriegeminister Painlevé genannt — den Sozialisten den Einfluß einräumen wird, den sie verlangen. Jedenfalls zeigt der Vorgang, daß die Macht der französischen Sozialisten während des Krieges gestiegen ist. Hierin hat also die Taktik der sozialistischen Kammergruppe den Erfolg für sich. Aber der französische Sozialismus steht, wie der Sozialismus anderer

Länder auch, vor der Frage, welche Kraftproben er sich zutrauen kann, ohne sich zu übernehmen. Und da scheint es dem Beobachter von außen, als ob der französische Sozialismus während des Krieges eine Mangelhaftigkeit und Vorsicht befundet hätte wie keine andre grundsätzlich gleich gerichtete Parteigruppe der Welt. Fast widerstandslos hat sich der französische Sozialismus von der

nationalistischen Strömung

mitreißen lassen, und bis zum heutigen Tage wagt er es nicht, sich zu einem Frieden ohne Annexionen, d. h. auch ohne Elsaß-Lothringen zu bekennen, obwohl er sehr gut weiß, daß das Festhalten am Elsaß-Lothringischen Kriegsziel eine Verlängerung des Krieges ins Unendliche bedeutet. In Frankreich gibt es in der Stille eine starke Friedensbewegung, aber sie findet nicht wie in Deutschland ihren Ausdruck in der sozialdemokratischen Partei. Eine politisch wirksame Bewegung, die unter Verzicht auf Illusionen zu einem raschen Frieden drängt, ist noch nicht in Erscheinung getreten. Das Größte, was die Krise in Frankreich bringen könnte, wäre die Befreiung des französischen Sozialismus zu einem realpolitisch möglichen Programm des sofortigen Friedens.

In Rußland kämpft inzwischen der letzte Rest der sozialistisch revolutionären Regierungsgewalt den Kampf um seine Existenz. Die Regierung Kerenskis war in der letzten Zeit kaum noch etwas anderes als die Militärdiktatur unter der Leitung eines Zivilisten. Jetzt ist der Versuch unternommen worden, sie durch die

Militärdiktatur eines Soldaten

zu ersetzen. Der Sinn des Vorgangs vom 8. September ist der, daß der Inhaber der höchsten Militärgewalt den Inhaber der höchsten Zivilgewalt abzusetzen versucht, worauf dieser seinerseits die Absetzung des staatsfeindlichen Generals verfügte. Ob damit Herr Kornilow wirklich erledigt ist, muß die Zukunft lehren. Nach allem, was man von diesem energischen und abenteuerlustigen Gaudegen weiß, ist er nicht der Mann, der sich von der Durchführung seiner Pläne so leicht abreden läßt. Daß er mit seiner kategorischen Botenschaft an Kerenski nicht auf eigne Faust, sondern

im Einverständnis mit der Entente gehandelt hat, ist in hohem Grade wahrscheinlich. Zwischen ihm und Kerenski kann es leicht zu einer Kraftprobe kommen, bei der beide dann verlangen würden, daß die Armeen ihnen, das heißt also dem einen gegen den andern, gehorchen solle. Und daraus droht der Verteidigungskraft Rußlands eine Zerrüttung, die das Maß der bisherigen noch weit übersteigt.

Als Verteidiger der republikanischen Zukunft Rußlands tritt Kerenski Kornilow entgegen. Denn es ist von vornherein klar, daß die Diktatur eines Generals den Weg zur Monarchie, wenn nicht schon diese selbst bedeutet. Kornilow oder Romanow wäre dann in Rußland die Frage wie einst in Frankreich Bonaparte oder die Bonaparten. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß England jetzt in Rußland jene

konterrevolutionäre Rolle spielt,

die es Deutschland mit Unrecht zugeschrieben hat. Damit wäre ein Beweis mehr dafür geliefert, daß in der Hand kriegsführender Regierungen alle Ideologien ihren Weisenskeren verlieren und zu blühenden Kriegslügen herabsinken.

Ziehen wir zwischen Frankreich und Rußland den Vergleich, so finden wir, daß die Republik die Belastung des Krieges weit besser überstanden hat als die monarchische Monarchie. Was sich jetzt in Rußland ereignet, fällt nicht auf das Konto der Republik und der Demokratie, sondern auf das der Revolution, die die natürliche Folge der zivilisatorischen Mißwirtschaft war. Rußland ist durch den Sturz des Zaren noch keine Demokratie geworden, es hatte durch die Revolution nur den Platz geschaffen, auf dem das neue Gebäude der demokratischen Staatsform errichtet werden sollte. Eine Demokratie würde Rußland erst geworden sein, wenn die auf Grund des gleichen Wahlrechts zu wählende Konstituante dem Lande eine neue Verfassung gegeben hätte. Die Konstituante ist aber noch nicht zusammengesetzt, ja noch nicht einmal gewählt. Der Versuch, mitten im Kriege gewaltsam aus der Monarchie in die Demokratie hinüberzupringen, endet bis auf weiteres mit einem furchtbaren Wirtwart.

Das parlamentarische System.

Das parlamentarische System ist im Gegensatz zu einer Beamtenregierung ein System, bei dem es keinen dauernden Gegensatz zwischen Volksmehrheit und Regierung geben kann. Bei dem parlamentarischen System ist die Wahl des Parlaments auch zugleich die Wahl der Regierung. Dadurch bekommt die Wahl eine ganz andre Bedeutung, die Masse des Volkes wird ganz anders politisiert und jeweils eingestellt auf die großen Fragen, die der Führung einer Staatsgemeinschaft gestellt sind. Die Wähler übernehmen damit auch die Mitverantwortung für die Regierung. In einem entwickelten modernen Staat ist ein andres System gar nicht mehr möglich. Ein Staatsgefühl im höheren und moderneren Sinne kann sich in den Massen nur dann bilden, wenn sich der einzelne durch sein Wahlrecht mit verantwortlich fühlt für die Leitung und das Wohlergehen des Ganzen.

Es ist ganz falsch zu sagen, das parlamentarische System entspreche nicht der Eigenart des deutschen Volkes. Das deutsche Volk ist schon zweimal, nach den Freiheitskriegen und 1848, auf dem Wege zu einer Volksregierung gewesen. Aber nach den Freiheitskriegen war der russische Zar der Sieger und Herr in Deutschland; im Bunde mit ihm hat die preussische Reaktion eine moderne Verfassung verhindert. Der Zarismus ist jetzt abgetan. Jetzt steht Preußen Deutschland mit seinem veralteten Regierungssystem ganz allein in der Welt da.

Es ist höchste Zeit, daß eine durchgreifende Umgestaltung und organische Fortbildung unres Regierungssystems eintritt. Diese notwendige Entwicklung muß rasch vollzogen werden, noch während des Krieges. Man wende nicht ein, die Kriegszeit sei dafür nicht geeignet. Das

ganze Deutsche Reich ist ja doch ein Kriegskind, die deutsche Reichsverfassung ein rasch konstruierter Kriegsnotbau. Unsere Verfassung ist längst veraltet und überholt. In der ursprünglichen Verfassung steht nichts von Reichsämtern und Staatssekretären; die sind erst nach und nach ohne verfassungsmäßige Grundlage aus dem Reichskanzleramt herausgequollen. Auch viele andre Bestimmungen der Verfassung sind längst in der Praxis überholt.

Eine eigentliche Reichsregierung gibt es überhaupt nicht. Formell gibt es nur die „verbündeten Regierungen“ und die eigentliche Regierung sitzt im preussischen Staatsministerium. Die Reibungsmöglichkeiten zwischen der Reichsleitung und Preußen müssen möglichst rasch beseitigt werden durch die Wendung des preussischen Wahlrechts.

Die vom Reichskanzler angekündigte engere persönliche Fühlung zwischen Regierung und Reichstag genügt nicht, sondern es muß eine

organische Verbindung zwischen beiden

eintreten. Im Vergleich zu den Parlamenten moderner Staaten ist der Deutsche Reichstag jetzt ein Scheinparlament. Aber eine große Gewalt hat der Reichstag. Das ist das absolute Veto. Dieses Vetorecht genügt zwar, sobald der Reichstag eine geschlossene Mehrheit zeigt, eine widerstrebende Regierung lahmzulegen; keine Regierung kann sich dem Willen des Reichstags dauernd entziehen. Beide Forderungen, Reichsleitung und Reichstag, können sich also gegenseitig total hemmen. Dieses negative Verhältnis ist für beide Teile kein befriedigender Zustand.

Eine „unabhängige“ Beamtenregierung, von der jetzt öfter geschrieben wird, gibt es nicht. Diese

Beamtenregierung ist auf der einen Seite abhängig von der höheren rein persönlichen Gewalt und auf der andern Seite vom Reichstag. Eine solche Stellung, angeblich „über den Parteien“ ist in einem entwickelten Staate unmöglich. Unsere Regierung sitzt jetzt zwischen zwei Stühlen, oder richtiger sie

hängt zwischen zwei Nadeln,

zwischen der Krone und dem Parlament, die mit entgegengesetzter Tendenz mahlen. Aus dieser gefährlichen Lage erklärt sich das höchste Regierungsprinzip unserer bürokratischen Reichsleitung: Quiesca non movere! (Das Ruhende nicht bewegen; das, was da ist, nicht ändern.) Die Stellung der Beamtenminister dem Parlament gegenüber ist oft geradezu mißlicherregend. Ihre Aktionsfähigkeit ist gelähmt. Man vergleiche damit die Machtstellung und die Aktionsfähigkeit der parlamentarischen Minister. Die politische Leistungsfähigkeit der parlamentarischen Systeme in England und Frankreich hat sich im Kriege glänzend bewährt.

Es ist natürlich nicht zu erwarten, daß wir durch die Reden von heute und morgen schon das vollendete parlamentarische Regierungssystem haben werden. Aber die Entwicklung dahin muß sich möglichst rasch vollziehen. Zunächst muß der Reichstag den größten Wert darauf legen, daß er bei der Neubesetzung von leitenden Männern im Reich mitgefragt werde.

Bei der Leitung des Reichsamts des Innern wird zu prüfen sein, ob diese Neugestaltung den Interessen des Volkes entspricht. Wie denkt man sich die Verhältnisse des Vizekanzlers zum Staatssekretär des Auswärtigen? Am liebsten liegt die Gefahr vor, daß sich der Vizekanzler als ein

Altierte Uneinigkeit.

Ende August 1917 hat bekanntlich in London eine Konferenz der Sozialisten der Verbandsländer getagt. Die Verhandlungen waren geheim, so daß ein stenographisches Protokoll über die dort gepflogenen Verhandlungen nicht vorliegt. In der Regel wird nach derartigen Konferenzen eine offizielle Mitteilung veröffentlicht, welche auch die angenommenen Entschlüsse enthält. Diesmal ist es aber zu keiner Entschlüsselung gekommen, und der veröffentlichte offizielle Bericht ist absolut nichtsagend. Es steht also nur so viel fest daß auf der Konferenz große Uneinigkeit geherrschet hat.

Was war der Grund dieser Uneinigkeit? Einige Andeutungen darüber findet man in einem Artikel Renaudels in der „Humanität“ vom 1. September. Renaudel schreibt:

Die Konferenz der alliierten Sozialisten führte nicht zu den Ergebnissen, welche die Parteigenossen erwarteten. Sie ist sogar gar nicht in die Debatte über die Frage eingetreten, die Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten über Kriegführung und Friedensbedingungen hätte geben können. Der Hauptgrund dafür ist, daß von Anfang an eine Anzahl von Konferenzteilnehmern es ablehnte, die Entschlüsse der Londoner Konferenz (Februar 1915) zum Ausgangspunkt der Erörterungen zu nehmen.

Wie Renaudel weiter mitteilt, machten sich auf der Konferenz drei Strömungen bemerkbar, und jede von ihnen legte eine besondere Kundgebung vor.

In der „Humanität“ vom 2. September 1917 wird eine Erklärung an die deutsche Sozialdemokratie und insbesondere an deren Minderheit veröffentlicht, die ganz im Geiste Wilsons und Ribots gehalten ist. Sie entspricht auch den Zumutungen der oben erwähnten Entschlüsse der Londoner Konferenz von 1915 an Deutschland. Sie ist unterzeichnet von den Führern der äußersten Rechten, des alliierten Sozialismus: Vandervelde, de Broedere, Genderson, Hyndman, Sydney Webb, Zureuilh, Milhaud, Renaudel, Thomas, Beronini, Silvestri. Diese Herren muten der deutschen Arbeiterklasse zu, eine Revolution zu machen. Dafür versprechen sie ihr, daß sie eventuell ihren Regierungen nicht gestatten werden, die aus dem innern Kampf resultierende Schwächung Deutschlands zu Eroberungszwecken auszunutzen. Das heißt: Vandervelde, Genderson, Hyndman, Webb, Renaudel und Thomas verlangen, daß die deutsche Sozialdemokratie in Deutschland einen Bürgerkrieg entfessele. Sie wollen inzwischen darauf achten, daß die französischen und englischen Heere nicht inzwischen Deutschland zerstückeln.

Schon ganz abgesehen davon, daß die Unterzeichner dieser Erklärung fast während des ganzen Krieges eine äußerst parteiische Haltung gegen Deutschland eingenommen haben und deshalb gar nicht berechtigt sind, sich an die deutsche Sozialdemokratie zu wenden, müssen wir auch darauf hinweisen, daß sie absolut ohne Einfluß auf ihre eignen Regierungen sind. Wenn sie nicht einmal imstande waren, Risse zu einer Konferenz zu erhalten, wenn Genderson sogar schon wegen der bloßen Sympathie für Stockholm seinen Ministerposten aufgeben mußte, wie kann man dann von ihnen erwarten, daß sie die Kriegführung ihrer Länder beherrschen könnten? Ihre Großsprecherien sind lächerlich.

Zimmerhin hat ihr Mißerfolg auf der zweiten Londoner Konferenz gezeigt, daß ein beträchtlicher Teil der alliierten Sozialisten nicht mehr auf dem Boden der Londoner Entschlüsse (1915) steht, die einseitig gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gerichtet war.

Die Arbeiterlöhne während des Krieges.

Das kaiserliche Statistische Amt hat, um die Veränderung der Lohnhöhe, ausgehend vom Friedensmonat März 1914, festzustellen, eine Erhebung durch Verendung von Fragebogen an die regelmäßig über die Lage des Arbeitsmarktes für das „Reichs-Arbeitsblatt“ berichtenden Unternehmungen veranstaltet, die auf die Entwicklung der Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes der erwachsenen männlichen und weiblichen Arbeiter verschiedenster Industriezweige einen Ueberblick gewähren soll. Erfragt wurde u. a. die Zahl der Arbeitertagewerke der erwachsenen männlichen und weiblichen Arbeiter und die ihnen gezahlte Lohnsumme in den beiden letzten vollen Wochen der Monate März und September 1914, 1915 und 1916.

Die Uebersicht über die Lohnentwicklung der Gesamtheit der befragten Gewerbegruppen zeigt, wie wir der Nr. 8 des „Reichs-Arbeitsblattes“ entnehmen, für die männlichen Arbeiter vom März auf September 1914 einen Rückgang von 5,17 Mark auf 5,12 Mark. An den folgenden, vorgeannten Sitzungen ist der „männliche Durchschnittslohn“ gestiegen bis auf 7,55 Mark im September 1916 = 14,6 v. H. des Lohnes vom März 1914.

Etwas anders ist die Entwicklung des „weiblichen Durchschnittslohns“ verlaufen. Seine verhältnismäßige Steigerung während des ganzen Erhebungszeitraums war größer als die des männlichen Durchschnittslohns, sie betrug nämlich 54,1 v. H. Im September 1914 fand zunächst ein Rückgang gegenüber den für März ermittelten Löhnen statt, und zwar von 2,29 Mark auf 1,94 Mark = 15,3 v. H. Danach stiegen die Löhne ununterbrochen bis auf 3,53 Mark im September 1916, doch vollzog sich hier die größte Steigerung nicht im ersten Kriegswinter, wo sie 16,5 v. H. betrug, sondern vom September 1915 zum März 1916 mit 18,3 v. H.; vom März bis September 1916 betrug sie wieder 16,5 v. H.

Das vorstehende amtliche Material beweist, was von den Arbeitern stets behauptet worden ist: daß der Arbeitslohn im allgemeinen nicht in dem Maße zugenommen hat, wie die Preise der hauptsächlichsten Bedarfsartikel des Lebens gestiegen sind. Leider stehen umfassende Statistiken der Kosten des Lebensbedarfs während der Kriegs-

zeit noch aus; doch ist die Tendenz für jedermann nur zu offenkundig, als daß hierüber noch ein Zweifel bestehen könnte.

Englischer Kriegshumor.

„Wie kommt es,“ fragte ein hagerer Engländer einen Iren, in dessen Regiment sich eine große Anzahl gut genährter Bauersöhne befand, „daß Ihr Dicken immer so gutmütige Kerle seid?“ „Das hat die Natur schon so eingerichtet,“ meinte der Ire, „denn wir können uns weder schlagen noch laufen, ohne die Rüste zu verlieren.“

Zwei Tommys (Soldaten) sprachen lebhaft darüber, ob noch immer mit einem Einfall der Deutschen in England zu rechnen sei. Der ältere war der Meinung, daß die Deutschen es nie und nimmer fertigbringen würden, in England zu landen.

„Na, und wenn schon,“ erwiderte er sich, „da müßt ich mal sehen, wo sie ihren Kampf ausfechten wollten. Der Großbauer wird ihnen nicht seine Wiese dazu lassen, und der alte Squire auf seinem Schlosse, das will ich wetten, gibt auch nicht seinen Park dazu her.“

Der Held mit den Verdienstreifen und Ehrenkreuzen auf der Brust sah das kabbalistische Zeichen an der Haustür und ging die Treppe hinauf zu der berühmten Helferin.

„Ich möchte meinem Freunde Jim ein Wort sagen.“ „Sofort fiel das Medium in Trance.“ „Ich habe die Verbindung hergestellt,“ klang nach einer Weile eine schwache Stimme, die direkt aus dem Jenseits zu kommen schien. „Er sagt mir, daß er schon eine Menge Freundschaften geschlossen hat. Er sei schon mit Cromwell, Shakespeare, Königin Elizabeth, Henry Irving, Mark Twain, König Edward und noch einer Menge anderer bekannt geworden.“

„Donnerwetter!“ kam es in ehrlicher Bewunderung von den Lippen des Helben. „Der hat's immer so eilig gehabt. Wo er doch noch keine Stunde im Grabe liegt!“

Ein Urtauber humpelt mit seinen neuermordenen Krüden durch einen Londoner Park.

„Na, Dir ist's auch nicht zum besten gegangen,“ meinte ein Invalide, den er unterwegs traf.

„Oh, mir hat's sehr gut gefallen,“ gab tiefbefriedigt der Tammy zurück.

„Du scheinst doch aber einen ordentlichen Knuff abbekommen zu haben?“ „Ach, das ist das wenigste,“ versicherte gut gelaunt der Verwundete. „Aber hurra, das war die erste Keilerei, für die ich nicht ins Gefängnis brauchte.“

Kapitän und Steuermann an Bord der „Breith Polh“ lagen sich ewig in den Haaren. Jeder war nur immer darauf bedacht, dem andern etwas Schlechtes anzuhängen und ihn anzuschwärzen, wo er nur konnte. Die Wut des Steuermanns gegen den Kapitän stieg auf ihren Gipfel, als er eines Tages folgende Eintragung im Schiffsbuch in der Handschrift des Kapitäns fand: „3. Juli 1917. — Steuermann betrunken.“

Aber auch der Kapitän hatte tags darauf seine Freude. Denn darunter stand in den wichtigen Rügen des Steuermanns: „3. Juli 1917. — Kapitän nüchtern.“

Raf hatte an einem sehr gefährlichen Abgrund irgendwo in Frankreich Wache zu stehen, als der die Posten revidierende Offizier vorüberkam und fragte: „Nun, worauf haben Sie hier zu achten?“

Raf schürzte seinen Befehl herunter. „Auf und ab zu gehen, aufzupassen, daß sich niemand der Stelle nähert und alle ungewöhnlichen Vorgänge zu melden.“

Der Leutnant: „Sehr schön. Was würden Sie denn zum Beispiel für solch einen ungewöhnlichen Vorgang halten?“

„Weiß ich nicht, Herr Leutnant.“ „Aber, Sie werden mir doch sagen können, was nicht alle Tage vorkommt.“

„Nein, Herr Leutnant.“ „Na aber, hören Sie mal. Nehmen wir an, ein Mann fällt hier in den Abgrund. Ist das ein ungewöhnlicher Vorgang?“

„Nein, Herr Leutnant.“ „Nicht? Sie kommen wohl nicht so bald aus der Ruhe. Was nennen Sie denn dann ungewöhnlich?“

„Wenn der Mann wieder hochkommen würde, Herr Leutnant.“

Wand: Was muß der Vetter Did bloß für ein tapferer Held sein, daß er sich gestellt hat.

Da ist: Nun nun, er ist doch nicht der einzige.

Wand: Das ja nicht. Aber was für ein Mut gehört dazu, mit solchen Weinen in kurzen Hosen umherlaufen zu wollen! ...

Notizen.

Die Antwort auf die Papinote. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Mitglieder des Reichstags und die Bevollmächtigten zum Bundesrat, die den freien Ausblick bilden, versammelten sich am Montag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers in dessen Hause zur Besprechung der deutschen Antwort auf die Kundgebung des Papstes. In mehrstündiger eingehender Beratung wurden die Verhandlungen unter sorgfältiger Prüfung der vorgebrachten Gesichtspunkte zu Ende geführt. — Zu der Sitzung des Sonderausschusses beim Reichskanzler glaubt der „Bayrische Kurier“ mitteilen zu können, daß in der deutschen Antwort an den Papst auch eine wichtige Erklärung über Deutschlands Stellungnahme zu Belgien enthalten sein werde.

Die englische Antwort-Note. Reuters meldet: Die britische Regierung hat den Vereinigten Staaten mitgeteilt, daß die englische Antwort zu der Antwortnote des Präsidenten Wilson auf die Note des Papstes ziemlich übereinstimmend laute, so wie das kürzlich Lord Cecil angegeben habe.

Amerika beschlagnahmt neutrale Sonnage. Nach Meldung englischer Blätter aus New York wird die Regierung der Vereinigten Staaten mehr als 100 000 Tonnen neutralen Schiffsraums, die in amerikanischen Häfen liegen, beschlagnahmt. Stockholms „Eduingen“ schreibt über die Meldung, eine derartige Maßregel wäre die schwerste Verletzung des Völkerrechts. Eine solche Requisition war auch die Einleitung zur Kriegserklärung Deutschlands an Portugal. Die neutralen Länder haben in den drei Kriegsjahren viel erduldet, aber daß eine kriegführende Macht ihre Schiffsannage ohne weiteres beschlagnahmt, ist bisher nie vorgekommen. Stockholms „Dagblad“ bemerkt zu der Meldung, man brauche sich bloß vorzustellen, daß einer der Kriegführenden, als die Vereinigten Staaten noch neutral gewesen seien, an einer kausischen Schiffe für seinen Gebrauch beschlagnahmt hätte, dann werde einem klar, wie weit man in Washington von Wilsons früheren Ansichten über die Rechte der Neutralen abgewandert und auf das Gebiet der rücksichtslosen Machtpolitik vorgezogen sei.

Die Spionage in Belgien. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die feindliche Presse und gewisse „neutrale“ Blätter erstrecken ihren Bügelfeldzug gegen Deutschland immer wieder auch auf die deutsche Verwaltung Belgiens. Neuerdings wird unausgesetzt mit der Behauptung gearbeitet, der Generalgouverneur, Generaloberst Freiherr v. Falkenhäuser, führe ein Schreckensregiment in Belgien, ließe täglich Massenerschießungen vornehmen und schreie nicht davor zurück, Frauen, Kinder unter entsetzlichen Martern hinzurichten. Es genügt, diesen böswilligen Verleumdungen folgende, zahlenmäßige Tatsachen gegenüberzustellen. Es sind in der Zeit seit der Ernennung des Generalobersten Freiherrn v. Falkenhäuser zum Generalgouverneur in Belgien (1. Mai 1917) 84 der Spionage überführte Belgier zum Tode verurteilt worden. Am 19 wurde das Urteil vollstreckt, während nicht weniger als 65 begnadigt wurden. Die fünf zum Tode verurteilten Frauen sind sämtlich begnadigt worden. Ebenso ist selbstverständlich kein Kind erschossen worden. Alle Personen, an denen die Todesstrafe vollstreckt wurde, hatten das 20. Lebensjahr überschritten.

Der Kampf gegen den Reichstag. Die freikonservative „Schlesische Zeitung“ veröffentlicht einen Aufsatz an die „Schlesier“, in dem es heißt: „Das deutsche Volk steht nicht hinter diesen Volkstrettern! Wir verlangen Einigkeit im Innern und schärfste Bekämpfung unserer Feinde bis zu dem Frieden, den Deutschland braucht!“ Unterzeichnet ist der Aufsatz von, auffallend viel Beamten aller Grade der Berg-, Post- und Eisenbahverwaltung, sowie von Handwerkern.

Stockholm und der Sowjetvortrag. „Nationaltidende“ meldet aus Stockholm: Die Petersburger Zeitungen teilen mit, daß der Vorstand des russischen Arbeiter- und Soldatenrats beschlossen habe, an der Stockholmer Konferenz nicht teilzunehmen, da weder England noch Frankreich noch die andern alliierten Länder dort vertreten sein werden.

Genossenschaftliche Friedensförderung. Der allrussische Genossenschaftskongress beschloß einstimmig eine Resolution, durch welche das Londoner Bureau des Internationalen Genossenschaftsverbandes aufgefordert wird, unverzüglich eine internationale Konferenz zwecks Unterstützung der sozialistischen Friedensaktion zu organisieren.

Des Landes verwiesen. Den verhassten Großfürsten soll die russische Regierung, wie die „Post. Jg.“ meldet, die Erlaubnis erteilt haben, sich nach Ausland zu begeben, unter dem Verbot einer Rückkehr nach Russland. General Gurkow, der ebenfalls des Landes verwiesen wurde, hat gestern Petrosburg verlassen und ist auf dem Wege zunächst nach Stockholm.

Schlacht vor Verdun.

B. L. S. Großes Hauptquartier, 11. September 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Der Artilleriekampf in Flandern erreicht in den Tagen und in den Tagen von Opren zeitweilig große Stärke. Vorstöße der Engländer südlich von Langemarck und nördlich von Frezenberg wurden zurückgewiesen.

Bei Billeret, nordwestlich von St. Quentin, entpannen sich heute morgen neue Gefechte, die für uns günstig ausgehen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Unternehmungen französischer Erkundungsstruppen, meist durch heftiges Feuer vorbereitet, wurden nordwestlich von Reims und in mehreren Abschnitten der Champagne zum Scheitern gebracht.

Auf dem östlichen Massenerfer geiffen gestern morgen starke französische Kräfte um 10 Uhr bis zum Champs-Bald (3 1/2 Kilometer) an. Südlich des Boverly-Waldes in unsere Kampflinie eingebrungenen Feind wurde durch Gegenstoß geworfen, an der übrigen Front brachen die französischen Sturmwellen in unserm Abwehrfeuer verfruchtbar zusammen. Im Laufe des Tages noch mehrfach erfolgende Angriffsbemühungen des Gegners schlugen stets fehl. Im Nachhinein haben wir an einigen Punkten unsere Linien vor.

Leutnant Bock schloß gestern drei Flieger ab, er erzielte dadurch die Zahl seiner Entfesse auf 45.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front Prinz Leopold.

Zwischen den russischen und unsern Stellungen von Mers bis zur Düna zahlreiche Zusammenstöße von Artillerie und Infanterie. Der Feind hüfte Gefangene ein.

Vorstöße russischer Streifenabteilungen im Waldgebiet nördlich von Guschayn und am unteren Ibruz wurden abgewiesen.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Im Südkapitel der Bukowina sind die Russen zum Angriff übergegangen; sie erzwangen nur zeitliche Vorteile bei Salka.

Zwischen Drotus- und Dina-Laf hat der Feind keine ernstlichen Angriffe bisher nicht wiederholt.

Mazedonische Front.

Im Vergelände südwestlich des Ohrida-Seees suchten deutsche und österreichisch-ungarische Kräfte den Feind zum weiteren Vordringen.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Depeschen.

Auf der Heimreise.

B. L. S. Stockholm, 11. September. „Sozialdemokraten“ meldet: Die russischen Abgeordneten des Reichstags- und Soldatenrats Glich, Solobow, Kuznetsov und Sushakov sind von ihrer Reise nach London, Paris und Rom nach Stockholm zurückgekehrt. Sie erklärten, daß sie in den letzten Wochen starkes Interesse für die Stockholmer Konferenz gefühlt, jedoch aber erkannt hätten, daß man die Friedensfrage nur durch gemeinsame Arbeit entfesseln könne. Auch die erste Tage Russlands trage dazu bei, die Spannungen in der Konferenz zu entspannen.

